



Quelle: Experten/KI

Inflation bei 3,3 Prozent: Der Kostendruck erreicht die nächste Stufe

Ute Pappelbaum

Die Inflation in Deutschland zieht im September erneut an. Nach der vorläufigen Berechnung des Statistischen Bundesamtes liegen die Verbraucherpreise 3,3 Prozent über dem Vorjahresniveau und 0,6 Prozent höher als im August. Die Kerninflation ohne Nahrungsmittel und Energie beträgt dagegen 2,4 Prozent.

Die entscheidende Frage verschiebt sich deshalb. Nicht mehr der Energiepreisanstieg selbst ist die Nachricht, sondern seine Dauer. Je länger Unternehmen mit höheren Kosten kalkulieren müssen, desto schwieriger wird es, sie über Margen aufzufangen. Dann geht es um Preise, Investitionen und am Ende auch um Wachstum.

Aus einem Preisschub wird eine Belastungsprobe

Noch im Juni lag die Inflationsrate bei 2,3 Prozent. Im Juli stieg sie auf 2,8 Prozent, im August auf 2,9 Prozent. Mit voraussichtlich 3,3 Prozent im September entfernt sich die Gesamtinflation weiter von der Zwei-Prozent-Marke.

Für sich genommen wäre diese Entwicklung ein deutliches Warnsignal. Doch die Zusammensetzung spricht gegen die einfache Diagnose einer neuen breiten Inflationswelle.

Die Kerninflation liegt weiterhin bei 2,4 Prozent. Schon im Juli und August hatte sie sich auf diesem Niveau bewegt. Dienstleistungen verteuerten sich im August

mit 2,8 Prozent ebenfalls weniger stark als zuvor. Das Bundeswirtschaftsministerium sah deshalb noch Mitte September keine vergleichbare Beschleunigung außerhalb der Energiepreise.

Das ist eine wichtige Trennlinie. Die Preise steigen nicht überall mit derselben Geschwindigkeit. Noch ist der Abstand zwischen Energie und dem übrigen Warenkorb groß.

Aber dieser Abstand kann nicht beliebig lange bestehen bleiben.

Energie ist für Unternehmen kein isolierter Posten. Sie steckt in Produktion, Transport, Logistik, Kühlung und Gebäudekosten. Steigt sie über Monate kräftig, wandert der Kostendruck durch die Wertschöpfung.

Genau dafür gibt es inzwischen erste Hinweise.

Der Kostendruck ist längst bei den Unternehmen angekommen

Bereits die Erzeugerpreise für August zeigten, dass sich die Lage auf der Produktionsseite verändert hat. Gewerbliche Produkte waren 4,6 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Im Juni hatte der Anstieg noch 1,8 Prozent betragen, im Juli 3,0 Prozent. Neben Energie verteuerten sich auch Vorleistungsgüter deutlich.

Auch die Bundesbank stellt fest, dass die Preise auf vorgelagerten Wirtschaftsstufen wieder gestiegen sind. Bei den Einfuhr- wie bei den Erzeugerpreisen spielte Energie eine wesentliche Rolle.

Damit verändert sich die Lage für Unternehmen.

Ein kurzfristiger Kostensprung kann über Margen aufgefangen werden. Ein dauerhafter Anstieg verlangt Entscheidungen. Unternehmen können versuchen, höhere Kosten an ihre Kunden weiterzugeben. Sie können an anderer Stelle sparen. Oder sie verschieben Investitionen, weil sich Projekte unter veränderten Kostenannahmen nicht mehr rechnen.

Keine dieser Möglichkeiten ist ohne Folgen.

Wer Preise erhöht, trägt den Kostenschub in die nächste Stufe weiter. Wer ihn selbst auffängt, verliert Ertrag und damit Spielraum für Investitionen. Wer Kosten senkt, muss an anderer Stelle reagieren.

Deshalb ist die Septemberzahl wirtschaftlich interessanter als die bloße Rückkehr der Drei vor dem Komma.

Sie verlängert die Zeit, in der Unternehmen mit hohen Energiekosten umgehen müssen.

Noch hält die Trennlinie

Trotzdem wäre es verfrüht, aus 3,3 Prozent bereits eine neue Inflationsspirale abzuleiten.

Dagegen spricht vor allem die Kerninflation. Mit 2,4 Prozent liegt sie deutlich unter der Gesamtinflation. Der Preisschub hat also bislang nicht dieselbe Breite wie die Inflationsphase früherer Jahre.

Gerade diese Differenz ist jetzt entscheidend.

Solange Unternehmen einen Teil der zusätzlichen Kosten auffangen können und Löhne, Dienstleistungen und andere Preise nicht im gleichen Tempo nachziehen, bleibt der Energieanstieg zunächst ein Kostenschock.

Problematisch wird es, wenn sich diese Trennung auflöst.

Dann würden aus höheren Energiepreisen höhere Produktionspreise, daraus höhere Verbraucherpreise und

schließlich neue Lohnforderungen. Erst eine solche Kette würde den zunächst von außen kommenden Kostenschub dauerhaft im Preisniveau verankern.

Der September liefert dafür noch keinen Beweis. Er erhöht aber den Druck auf die erste Stelle dieser Kette.

Die Konjunktur trifft der Anstieg zu einem ungünstigen Zeitpunkt

Hinzu kommt die wirtschaftliche Ausgangslage.

Das Bundeswirtschaftsministerium sieht für das dritte Quartal zwar weiterhin Wachstum, zugleich aber eine nachlassende Dynamik beim privaten Konsum. Hohe Energiepreise schwächen die Kaufkraft. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe war im Juli gegenüber Juni um 1,1 Prozent zurückgegangen. Auch die Zahl der Unternehmensinsolvenzen liegt weiter auf hohem Niveau.

Damit trifft der Kostenschub nicht auf eine Wirtschaft, die hohe Belastungen ohne Weiteres verkraften kann.

Für private Haushalte bedeutet höhere Energieinflation zunächst weniger verfügbares Einkommen für andere Ausgaben. Für Unternehmen steigen Kosten, während eine schwächere Nachfrage gleichzeitig den Spielraum für Preiserhöhungen begrenzt.

Das ist die unangenehme Kombination: Kosten steigen, aber die Möglichkeit, sie weiterzugeben, wächst nicht automatisch mit.

Gerade für energieintensive Unternehmen wird deshalb nicht allein der aktuelle Energiepreis wichtig. Entscheidend ist die Erwartung, ob das höhere Niveau bleibt.

Investitionen beruhen auf Annahmen über künftige Kosten. Werden Energiepreise wieder zu einer schwer kalkulierbaren Größe, steigen die Anforderungen an die Rendite neuer Projekte. Investitionen werden dann nicht zwingend gestrichen, aber später beschlossen, kleiner dimensioniert oder an anderen Standorten geprüft.

Inflation wirkt auf diese Weise auch dort, wo sie in der Verbraucherpreisstatistik noch gar nicht vollständig angekommen ist.

Staatliche Entlastung ändert den Preis nicht

Die Bundesregierung reagiert erneut mit einer Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel. Bis zum Jahresende

soll die Steuer um 14 Cent je Liter sinken; einschließlich Umsatzsteuer beziffert das Wirtschaftsministerium die Entlastung auf 17 Cent. Bund und Länder stellen dafür rund 2,5 Milliarden Euro bereit.

Für Haushalte und Unternehmen kann das kurzfristig spürbar sein.

An der Ursache des Preisanstiegs ändert es nichts.

Der Staat übernimmt einen Teil der Rechnung und verschiebt sie damit vom Verbraucher zum öffentlichen Haushalt. Der Marktpreis des knappen Energieträgers wird dadurch nicht dauerhaft niedriger, und auch die Abhängigkeit von internationalen Öl- und Gasmärkten verschwindet nicht.

Genau diese Erfahrung hat bereits der Sommer gezeigt. Mit dem Ende der damaligen Entlastung sprang die Belastung wieder nach oben.

Temporäre Entlastung kann einen Schock abfedern. Sie kann ihn nicht beseitigen.

Für die EZB zählt jetzt die Übertragung

Auch für die Geldpolitik ist deshalb weniger die Zahl von 3,3 Prozent entscheidend als die Frage, was aus ihr wird.

Gegen einen höheren Öl- oder Gaspreis kann die Europäische Zentralbank wenig ausrichten. Höhere Zinsen produzieren weder Energie noch senken sie Transportkosten. Geldpolitik wird erst dann zum schärferen Instrument, wenn der ursprüngliche Kostenschub breiter auf Preise und Erwartungen übergreift.

Die weiterhin deutlich niedrigere Kerninflation spricht dafür, hier noch zu unterscheiden.

Gleichzeitig kann die EZB einen über Monate anhaltenden Anstieg der Gesamtinflation nicht ignorieren. Je länger die Drei vor dem Komma steht, desto größer wird das Risiko, dass Unternehmen und Haushalte höhere Preissteigerungen wieder als Normalität einplanen.

Damit verändert sich auch die Erwartungsbildung – und genau dort kann ein vorübergehender Schock dauerhaft werden.

Entscheidend ist nicht mehr der erste Preissprung

Der September zeigt eindeutig eine Verlängerung des bestehenden Kostenschocks.

Im Juli ließ sich der Anstieg noch wesentlich mit dem Ende der Entlastung bei Kraftstoffen und höheren Ölpreisen erklären. Im August verstärkte sich die Energieinflation. Im September setzt sich diese Bewegung mit 14,9 Prozent fort.

Drei Monate ergeben noch keinen langfristigen Trend. Sie reichen aber aus, um Kalkulationen zu verändern.

Für Unternehmen verschiebt sich damit die Frage von „Wie fangen wir einen Preissprung auf?“ zu „Mit welchem Kostenniveau müssen wir künftig rechnen?“. Das ist wirtschaftlich ein wesentlicher Unterschied.

Ein kurzfristiger Energieschock belastet die Marge. Ein dauerhafter verändert Preise, Investitionen und Standortentscheidungen. Noch zeigt die Kerninflation, dass der Kostenschub nicht in voller Breite angekommen ist. Aber mit jedem weiteren Monat hoher Energiepreise wird genau diese Trennlinie schwerer zu halten. Die entscheidende Inflationszahl der kommenden Monate wird deshalb nicht allein die Gesamtinflation sein – sondern der Punkt, an dem der Kostendruck beginnt, sich dauerhaft durch die Wirtschaft zu arbeiten.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952198/inflation-september-2026-energiepreise-kostendruck/>